G 3229 89



Glied.-Nr.

223

Datum

24. 1. 2018

Inhalt

Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Verordnung zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion

90

72. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 1. Februar 2018	Nummer 5
--------------	---	----------

Seite

2251	$23.\ 1.\ 2018$	Zweites Gesetz zur Änderung des WDR-Gesetzes	90
24 40 46 201 202 2016 223 224 304 3016 602 610 2000 2006 2021 2022 2023 2031 20020	23. 1. 2018	Zuständigkeitsbereinigungsgesetz	90
630 2032 0	23. 1. 2018	Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Überleitung der vorhandenen Konrektorinnen und Konrektoren von Grundschulen und Hauptschulen (Haushaltsbegleitgesetz	

Hinweis:

Die Gesetz- und Verordnungsblätter, die Ministerialblätter, die Sammlung aller Gesetze und Verordnungen des Landes NRW (SGV. NRW.) sowie die Sammlung der in Teil I des MBl. NRW. veröffentlichten Erlasse (SMBl. NRW.) stehen im Intranet des Landes NRW zur Verfügung.

Dasselbe wird auch im Internet angeboten. Die Adresse ist: https://recht.nrw.de. Hingewiesen wird auf die kostenlosen Angebote im Internet unter der genannten Adresse. Dort finden Sie Links zu vielen qualitativ hochwertigen Rechtsangeboten.

Wollen Sie die Inhaltsangabe eines jeden neuen Gesetzblattes oder Ministerialblattes per Mail zugesandt erhalten? Dann können Sie sich in das Newsletter-Angebot der Redaktion eintragen. Adresse: https://recht.nrw.de, dort: kostenlose Angebote.

(L.S.)

223

Verordnung zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion

Vom 24. Januar 2018

Auf Grund des § 1 Absatz 8 Satz 2 und des § 2 Absatz 7 Satz 2 des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion vom 9. Juli 2014 (GV. NRW. S. 404) verordnet das Ministerium für Schule und Bildung im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen:

§ 1

(1) In den Schuljahren 2017/2018, 2018/2019 und 2019/2020 beträgt die Höhe der jährlichen Leistungen des Landes für den Belastungsausgleich nach § 1 Absatz 3 Satz 2 des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion vom 9. Juli 2014 (GV. NRW. S. 404), das durch Gesetz vom 8. Juli 2016 (GV. NRW. S. 558) geändert worden ist, 20 Millionen Euro und für die Inklusionspauschale nach § 2 Absatz 3 des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion 40 Millionen Euro.

(2) Von den Mitteln für den Belastungsausgleich werden jährlich 19 Millionen Euro nach § 1 Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion und 1 Million Euro nach § 1 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion verteilt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft und am 31. Juli 2020 außer Kraft.

Düsseldorf, den 24. Januar 2018

Die Ministerin für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen

Yvonne Gebauer

– GV. NRW. 2018 S. 90

2251

Zweites Gesetz zur Änderung des WDR-Gesetzes Vom 23. Januar 2018

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Zweites Gesetz zur Änderung des WDR-Gesetzes

Artikel 1

In § 57a des WDR-Gesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. April 1998 (GV. NRW. S. 265), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 6. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1052) geändert worden ist, wird nach Absatz 3 folgender Absatz 3a eingefügt:

"(3a) Die am 14. Dezember 2012 begonnene Amtsperiode der Mitglieder des Verwaltungsrats endet abweichend von Absatz 3 mit dem Zusammentritt des nachfolgenden Verwaltungsrats in der Woche vom 16. bis 20. Dezember 2019."

Artikel 2

Dieses Gesetzes tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 23. Januar 2018

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen Der Ministerpräsident Armin Laschet

Der Minister für Kinder, Familie,

Flüchtlinge und Integration Dr. Joachim Stamp

- GV. NRW. 2018 S. 90

Zuständigkeitsbereinigungsgesetz Vom 23. Januar 2018

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Zuständigkeitsbereinigungsgesetz

216

Artikel 1 Änderung des Belastungsausgleichsgesetzes Jugendhilfe

In § 3 Absatz 2 und in § 4 Satz 2 des Belastungsausgleichsgesetzes Jugendhilfe vom 13. November 2012 (GV. NRW. S. 510) werden jeweils die Wörter "dem Ministerium für Inneres und Kommunales und dem Finanzministerium" durch die Wörter "dem für Kommunales zuständigen Ministerium und dem für Finanzen zuständigen Ministerium" ersetzt.

216

Artikel 2 Änderung des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes

In § 20 Absatz 3 des Kinder- und Jugendförderungsgesetzes vom 12. Oktober 2004 (GV. NRW. S. 572), das zuletzt durch Gesetz vom 25. Februar 2014 (GV. NRW. S. 200) geändert worden ist, werden die Wörter "Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen" durch die Wörter "für Kinder und Jugend zuständige Ministerium" ersetzt.

46

Artikel 3 Änderung des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen

In § 31 Absatz 1 Satz 3, Absatz 4 Satz 1, Absatz 7 Satz 1, Absatz 12 Satz 1, § 33 und § 35 Absatz 5 Satz 1 des Abschiebungshaftvollzugsgesetzes Nordrhein-Westfalen

vom 17. Dezember 2015 (GV. NRW. S. 901) wird jeweils das Wort "Inneres" durch das Wort "Ausländerangelegenheiten" ersetzt.

24

Artikel 4 Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Das Flüchtlingsaufnahmegesetz vom 28. Februar 2003 (GV. NRW. S. 93), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1156) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. In § 4 Absatz 6 und § 4a Absatz 4 wird jeweils das Wort "Inneres" durch das Wort "Flüchtlinge" ersetzt.
- In § 4a Absatz 4 wird das Wort "Finanzministerium" durch die Wörter "für Finanzen zuständigen Ministerium" ersetzt.
- In § 4b Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter "(Gesundheitskarte, veröffentlicht auf www.mgepa.nrw.de)" gestrichen.
- In § 7 Absatz 3 wird das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Flüchtlinge zuständige Ministerium" ersetzt.

20020

Artikel 5

Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes

In § 10 Absatz 2 Satz 2 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes vom 16. Dezember 2004 (GV. NRW. 2005 S. 8), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (GV. NRW. S. 619) geändert worden ist, werden die Wörter "und Kommunales" gestrichen.

2000

Artikel 6

Änderung des Gemeindeprüfungsanstaltsgesetzes

Das Gemeindeprüfungsanstaltsgesetz vom 30. April 2002 (GV. NRW. S. 160), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1150) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort "Innenministeriums" durch die Wörter "für Kommunales zuständigen Ministeriums" ersetzt.
 - b) In Absatz 3 Sätze 1, 2 und 3 wird jeweils das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständige Ministerium" ersetzt.
- 2. In § 4 Absatz 1 Satz 1 wird das Wort "Innenministeriums" durch die Wörter "für Kommunales zuständigen Ministeriums" ersetzt.
- 3. In § 5 Absatz 2 wird das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständigen Ministerium" ersetzt.
- In § 6 Absatz 4 Satz 2 wird das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständige Ministerium" ersetzt.
- 5. § 12 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 wird das Wort "Innenministeriums" durch die Wörter "für Kommunales zuständigen Ministeriums" ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständigen Ministerium" ersetzt.
- In § 13 wird das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständige Ministerium" ersetzt.

2006

Artikel 7 Änderung des Errichtungsgesetzes d-NRW AöR

Das Errichtungsgesetz d-NRW AöR vom 25. Oktober 2016 (GV. NRW. S. 862) wird wie folgt geändert:

- 1. In § 1 Absatz 2 wird das Wort "Inneres" durch das Wort "Digitalisierung" ersetzt.
- 2. In § 8 Absatz 3 Satz 2 werden das Wort "Inneres" durch das Wort "Digitalisierung" und das Wort "Finanzministeriums" durch die Wörter "für Finanzen zuständigen Ministeriums" ersetzt.
- 3. In § 14 wird das Wort "Inneres" durch das Wort "Digitalisierung" ersetzt.

201

Artikel 8

Änderung des Investitionsförderungsgesetzes NRW

Das Investitionsförderungsgesetz NRW vom 2. April 2009 (GV. NRW. S. 187, ber. S. 328) wird wie folgt geändert:

- 1. In § 5 Absatz 1 werden die Wörter "vom Innenministerium" durch die Wörter "von dem für Kommunales zuständigen Ministerium" ersetzt.
- 2. In § 10 Absatz 1 Satz 1 wird das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständige Ministerium" ersetzt.

202

Artikel 9

Änderung des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit

In § 28 Absatz 5, § 29 Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 Sätze 1 und 2 und § 33 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NRW. S. 621), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1150) geändert worden ist, wird jeweils das Wort "Inneres" durch das Wort "Kommunales" ersetzt.

2021

Artikel 10

Änderung der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

In § 2 Absatz 3 Satz 2, § 5 Absatz 5, § 12 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 Satz 3, § 22 Absatz 8, § 23 Absatz 9, § 30 Absatz 7 Satz 1, § 31 Satz 1, § 57 Absatz 1 Sätze 1, 2 und 3 und § 65 Satz 1 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 646), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1150) geändert worden ist, wird jeweils das Wort "Inneres" durch das Wort "Kommunales" ersetzt.

2021

Artikel 11

Änderung des Gesetzes über den Regionalverband Ruhr

In § 4 Absatz 3 Satz 6, § 11 Absatz 4 Sätze 1 und 2, § 12 Absatz 4 Satz 1 und § 22 Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 des Gesetzes über den Regionalverband Ruhr in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 2004 (GV. NRW. S. 96), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) geändert worden ist, wird jeweils das Wort "Inneres" durch das Wort "Kommunales" ersetzt.

202

Artikel 12

Änderung des Gesetzes über den Landesverband Lippe

Das Gesetz über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948 (GV. NRW. 1949 S. 269), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 18. September 2012 (GV. NRW. S. 436) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. § 7 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter "Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen" durch die Wörter "für Kommunales zuständige Ministerium" ersetzt.
 - b) In Absatz 3 Satz 3 und Absatz 6 wird jeweils das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständige Ministerium" ersetzt.

- 2. In § 16 Satz 1 werden die Wörter "der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, der" durch die Wörter "das für Kommunales zuständige Ministerium, das" ersetzt.
- 3. In § 17 werden das Wort "Innenministers" durch die Wörter "für Kommunales zuständigen Ministeriums" und das Wort "Fachminister" durch das Wort "Fachministerium" ersetzt.

2022

Artikel 13

Änderung der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Die Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 657), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. In § 9 Absatz 3 Sätze 1 und 2 wird jeweils das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständige Ministerium" ersetzt.
- 2. In § 16 Absatz 2 Satz 1 und § 24 Absatz 1 Satz 1 wird jeweils das Wort "Inneres" durch das Wort "Kommunales" ersetzt.
- 3. In § 30 Absatz 2 Satz 5 werden die Wörter "Inneres zuständigen Ministerium und dem Finanzministerium" durch die Wörter "Kommunales zuständigen Ministerium und dem für Finanzen zuständigen Ministerium" ersetzt.
- 4. § 31 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 werden die Wörter "Inneres zuständigen Ministerium erläßt" werden durch die Wörter "Kommunales zuständige Ministerium erlässt" ersetzt.
 - b) In Satz 2 werden die Wörter "erläßt das für Inneres zuständigen" durch die Wörter "erlässt das für Kommunales zuständige" ersetzt.

2022

Artikel 14

Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen

Das Gesetz über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen im Lande Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. November 1984 (GV. NRW. S. 694, ber. S. 748), das zuletzt durch Gesetz vom 1. Oktober 2015 (GV. NRW. S. 698, ber. S. 706) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- In § 3 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständigen Ministerium" ersetzt.
- In § 8 Absatz 1 wird das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständige Ministerium" ersetzt.
- In § 11 Satz 1 wird das Wort "Innenministeriums" durch die Wörter "für Kommunales zuständigen Ministeriums" ersetzt.
- In § 13 Absatz 3 wird das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständigen Ministerium" ersetzt.
- 5. In § 17 Absatz 1 und 2 Satz 2 wird jeweils das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständigen Ministerium" ersetzt.
- 6. In § 18 Absatz 1 Satz 1 wird das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständige Ministerium" ersetzt.

2023

Artikel 15

Änderung der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen

Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. In § 3 Absatz 3 Satz 2, § 4 Absatz 6 Satz 1, § 7 Absatz 5, § 13 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 3 Satz 3, § 19 Absatz 3 Satz 2, § 22 Absatz 3 Satz 3, § 25 Absatz 9, § 26 Absatz 10 Satz 1, § 27 Absatz 11 Satz 2, § 36 Absatz 4 Satz 3, § 39 Absatz 7 Satz 6, § 45 Absatz 7 Satz 1 und § 46 Satz 1 wird jeweils das Wort "Inneres" durch das Wort "Kommunales" ersetzt.
- 2. In § 82 Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 werden das Wort "Inneres" durch das Wort "Kommunales" und das Wort "Finanzministerium" durch die Wörter "für Finanzen zuständigen Ministerium" ersetzt.
- 3. In § 107 Absatz 2 Satz 3, § 108a Absatz 6 Satz 6, § 108b Absatz 3 Satz 2 und Absatz 6 Satz 2, § 120 Absätze 3 und 4, § 124 Satz 1, § 125 Satz 1, § 129 Satz 1 und § 131 wird jeweils das Wort "Inneres" durch das Wort "Kommunales" ersetzt.
- 4. § 133 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden das Wort "Inneres" durch das Wort "Kommunales" und das Wort "Finanzministerium" durch die Wörter "für Finanzen zuständigen Ministerium" ersetzt.
 - b) In Absatz 2 und 3 wird jeweils das Wort "Inneres" durch das Wort "Kommunales" ersetzt.

2031

Artikel 16

Änderung des Landesgleichstellungsgesetzes

§ 23 des Landesgleichstellungsgesetzes vom 9. November 1999 (GV. NRW. S. 590), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. September 2017 (GV. NRW. S. 764) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In den Sätzen 1 und 2 werden jeweils die Wörter "Gleichstellung von Mann und Frau" durch das Wort "Gleichstellung" ersetzt.

In Satz 3 wird das Wort "Inneres" durch das Wort "Kommunales" ersetzt.

602

Artikel 17

Änderung des Stärkungspaktfondsgesetzes

Das Stärkungspaktfondsgesetz vom 28. November 2012 (GV. NRW. S. 577), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 973) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- In § 3a Satz 1 werden das Wort "Finanzministerium" durch die Wörter "für Finanzen zuständigen Ministerium" ersetzt und die Wörter "Inneres und" gestrichen.
- 2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Wörter "Inneres und" gestrichen und das Wort "Finanzministerium" durch die Wörter "für Finanzen zuständigen Ministerium" ersetzt.
 - b) In Absatz 2 Satz 1 werden das Wort "Finanzministerium" durch die Wörter "für Finanzen zuständige Ministerium" ersetzt und die Wörter "Inneres und" gestrichen.
- 3. In § 7 werden die Wörter "Inneres und" gestrichen und das Wort "Finanzministerium" durch die Wörter "für Finanzen zuständige Ministerium" ersetzt.
- 4. In § 8 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter "Inneres und" gestrichen.

602

Artikel 18

Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW

§ 9 des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW vom 9. Februar 2010 (GV. NRW. S. 127), das durch Gesetz vom 3. Dezember 2013 (GV. NRW. S. 724) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- In Absatz 1 werden die Wörter "Innenministerium und Finanzministerium" durch die Wörter "das für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium" ersetzt.
- 2. Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 2 werden die Wörter "Innenministerium und das Finanzministerium" durch die Wörter "für Kommunales und das für Finanzen zuständige Ministerium" ersetzt.
 - b) In Satz 1 und 3 werden jeweils die Wörter "vom Innenministerium und Finanzministerium" durch die Wörter "von dem für Kommunales und dem für Finanzen zuständigen Ministerium" ersetzt.

610

Artikel 19

Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Das Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. S. 712), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1150) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- 1. In § 2 Absatz 2 werden die Wörter "Innenministeriums und des Finanzministeriums" durch die Wörter "für Kommunales zuständigen Ministeriums und des für Finanzen zuständigen Ministeriums" ersetzt.
- 2. § 25 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständige Ministerium" und das Wort "Finanzministerium" durch die Wörter "für Finanzen zuständigen Ministerium" ersetzt.
 - b) In Absatz 2 werden die Wörter "Innenministerium erläßt" durch die Wörter "für Kommunales zuständige Ministerium erlässt" und das Wort "Finanzministerium" durch die Wörter "für Finanzen zuständigen Ministerium" ersetzt.

304

Artikel 20

Änderung des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen

In § 21 Absatz 4 des Justizgesetzes Nordrhein-Westfalen vom 26. Januar 2010 (GV. NRW. S. 30), das zuletzt durch Gesetz vom 6. Dezember 2016 (GV. NRW. S. 1066) geändert worden ist, wird das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständige Ministerium" ersetzt.

316

Artikel 21

Änderung des Schiedsamtsgesetzes

In § 49 des Schiedsamtsgesetzes vom 16. Dezember 1992 (GV. NRW. 1993 S. 32), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW S. 310) geändert worden ist, wird das Wort "Innenministerium" durch die Wörter "für Kommunales zuständige Ministerium" ersetzt.

40

Artikel 22

Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch

In Artikel 83 Absatz 2 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 20. September 1899 (PrGS. S. 177/PrGS. NRW. S. 105), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. Februar 2014 (GV. NRW. S. 104) geändert worden ist, wird das Wort "Justizministers" durch die Wörter "für Justiz zuständigen Ministeri-

ums" und werden die Wörter "Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten" durch die Wörter "für Landwirtschaft zuständigen Ministeriums" ersetzt.

223

Artikel 23

Änderung des Weiterbildungsgesetzes

In § 6 Absatz 3 des Weiterbildungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. April 2000 (GV. NRW. S. 390), das zuletzt durch § 129 Nummer 4 des Gesetzes vom 15. Februar 2005 (GV. NRW. S. 102) geändert worden ist, werden die Wörter "für Schulwesen zuständige" durch die Wörter "zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem für das Schulwesen zuständigen" ersetzt.

224

Artikel 24 Änderung des Kulturfördergesetzes NRW

In § 28 Absatz 2 Satz 1 des Kulturfördergesetzes NRW vom 18. Dezember 2014 (GV. NRW. S. 917) wird das Wort "Inneres" durch das Wort "Kommunales" ersetzt.

223

Artikel 25

Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz

In § 1 Absatz 3 Satz 1 des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz vom 30. Januar 1973 (GV. NRW. S. 57), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547) geändert worden ist, wird das Wort "Inneres" durch das Wort "Digitalisierung" ersetzt.

Artikel 26 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft. Düsseldorf, den 23. Januar 2018

> Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident

(L.S.)

Armin Laschet

Der Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

 $Dr.\,Joachim\,\,S\,\,t\,\,a\,\,m\,\,p$

Der Minister des Innern Herbert Reul

Der Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie zugleich für den Minister der Finanzen

Prof. Dr. Andreas Pinkwart

Die Ministerin für Schule und Bildung Yvonne Gebauer

Die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung zugleich für den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ina Scharrenbach

Der Minister der Justiz Peter Biesenbach

Der Minister für Verkehr Hendrik W ü s t Die Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Christina Schulze Föcking

Die Ministerin für Kultur und Wissenschaft Isabel Pfeiffer-Poensgen

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Internationales

Dr. Stephan Holthoff-Pförtner

- GV. NRW. 2018 S. 90

20320 **630**

Gesetz

zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Überleitung der vorhandenen Konrektorinnen und Konrektoren von Grundschulen und Hauptschulen (Haushaltsbegleitgesetz 2018)

Vom 23. Januar 2018

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Gesetz

zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Überleitung der vorhandenen Konrektorinnen und Konrektoren von Grundschulen und Hauptschulen (Haushaltsbegleitgesetz 2018)

630

Artikel 1 Änderung der Landeshaushaltsordnung

Nach § 17 a der Landeshaushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. April 1999 (GV. NRW. S. 158), die zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17. Oktober 2017 (GV. NRW. S. 825) geändert worden ist, wird folgender § 17b eingefügt:

"§ 17b

Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens

- (1) Zur Umsetzung der Modernisierung des Haushaltsund Rechnungswesens wird in der Landesverwaltung die
 Integrierte Verbundrechnung mit den Komponenten Vermögensrechnung, Ergebnisrechnung, Kosten- und Leistungsrechnung sowie Finanzrechnung als Basis einer
 produktorientierten Haushaltssteuerung eingeführt. Die
 Landesregierung legt hierfür die entsprechenden Bereiche der Landesverwaltung fest (Budgeteinheiten). Die
 Budgeteinheiten umfassen in der kameralen Darstellung
 alle Einnahme- und Ausgabetitel eines Kapitels und der
 ihr durch Haushaltsvermerk zugeordneten weiteren Kapitel, ausgenommen Titel der Gruppen 441, 461, 462, 549,
 971 und 972. Ausnahmen können durch Haushaltsvermerk für einzelne Titel zugelassen werden.
- (2) In den Budgeteinheiten wird das Rechnungswesen nach den Grundsätzen der staatlichen doppelten Buchführung gemäß § 7a des Haushaltsgrundsätzegesetzes vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122) geändert worden ist, gestaltet. Die Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung kann mit Zustimmung des Ministeriums der Finanzen abweichend von den Vorschriften dieses Gesetzes und den Vorschriften des jährlichen Haushaltsgesetzes nach Konten und Produktstrukturen erfolgen.
- (3) Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, zur Umsetzung der Absätze 1 und 2 Verwaltungsvorschriften zu erlassen.

- (4) Die öffentlichen Stellen nach dem Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juni 2000 (GV. NRW. S. 542) in der jeweils geltenden Fassung, die die Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens nach Absatz 1 umsetzen, sind zur Verarbeitung personenbezogener Daten von Beschäftigten des Landes und von externen Geschäftspartnern in dem für die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, des Mahnwesens, der Beitreibung von Forderungen und für die Buchführung und Bilanzierung nach den Grundsätzen der staatlichen doppelten Buchführung zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Umfang befugt.
- (5) Der automatisierte Abruf und die Verarbeitung personenbezogener Daten von Beschäftigten des Landes bei der für Besoldung und Versorgung zuständigen Stelle durch die an der Modernisierung des Haushalts- und Rechnungswesens beteiligten öffentlichen Stellen nach dem Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen in der jeweils geltenden Fassung ist für Zwecke der Buchführung, der Bilanzierung, der Kosten- und Leistungsrechnung, der Zeitaufschreibung, der Abbildung der Logistik sowie der Abbildung des Organisationsaufbaus von Budgeteinheiten zulässig.
- (6) Die Landesregierung regelt Näheres zu den Befugnissen nach den Absätzen 4 und 5 durch Rechtsverordnung. Die Rechtsverordnung hat die Art der zu verarbeitenden Daten, die zum Datenabruf nach Absatz 5 befugten Stellen, die Stellen, die in verbundenen Dateien Daten verarbeiten dürfen, sowie den Umfang ihrer Verarbeitungsbefugnis anzugeben und festzulegen, welche Stelle die datenschutzrechtliche Verantwortung gegenüber den Betroffenen trägt sowie die technischen und organisatorischen Maßnahmen zum Schutz der personenbezogenen Daten trifft."

20320

Artikel 2

Änderung des Landesbesoldungsgesetzes

Das Landesbesoldungsgesetz vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310, ber. S. 642), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 7. April 2017 (GV. NRW. S. 452) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

- Die Anlage 1 (Landesbesoldungsordnung A) wird wie folgt geändert:
 - a) Die Gliederungseinheit "Besoldungsgruppe A 12" wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Wörter "Konrektorin, Konrektor einer Grundschule oder Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern 5)" und die Wörter "Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor einer Grundschule oder Hauptschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern 5)" werden gestrichen.
 - bb) Nach den Wörtern "Lehrerin, Lehrer mit der Befähigung für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen und den entsprechenden Jahrgangsstufen der Gesamtschulen -1)" wird die Angabe "6)" durch die Angabe "5)" ersetzt.
 - cc) Fußnote 5) wird aufgehoben.
 - dd) Die Fußnote 6) wird die Fußnote 5).
 - b) Die Gliederungseinheit "Besoldungsgruppe A 13" wird wie folgt geändert:
 - aa) Nach den Wörtern "einer Grundschule oder Hauptschule mit mehr als" werden die Wörter "360 Schülerinnen und Schülern –" durch die Wörter "180 Schülerinnen und Schülern – 4)" ersetzt.
 - bb) Nach den Wörtern "Verwaltungsdirektorin, Verwaltungsdirektor einer Hochschule 1)" werden die Wörter "Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor – einer Grundschule oder Hauptschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern – 4)" eingefügt.
- 2. In Anlage 14 wird die Zeile "nach Fußnote 5 zur Besoldungsgruppe A 12 172,66" gestrichen.

Artikel 3

Gesetz zur Überleitung der vorhandenen Konrektorinnen und Konrektoren von Grundschulen und Hauptschulen in die Besoldungsgruppe A 13 mit Amtszulage

§ 1 Überleitung

- (1) Beamtinnen und Beamte
- mit dem Amt "Konrektorin, Konrektor einer Grundschule oder Hauptschule mit mehr als 180 bis zu 360 Schülerinnen und Schülern 5)" der Besoldungsgruppe A 12 (mit Amtszulage) der Landesbesoldungsordnung A des Landesbesoldungsgesetzes werden in das Amt "Konrektorin, Konrektor einer Grundschule oder Hauptschule mit mehr als 180 Schülerinnen und Schülern 4)" der Besoldungsgruppe A 13 (mit Amtszulage) der Landesbesoldungsordnung A des Landesbesoldungsgesetzes,
- mit dem Amt "Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor einer Grundschule oder Hauptschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern 5)" der Besoldungsgruppe A 12 (mit Amtszulage) der Landesbesoldungsordnung A des Landesbesoldungsgesetzes werden in das Amt "Zweite Konrektorin, Zweiter Konrektor einer Grundschule oder Hauptschule mit mehr als 540 Schülerinnen und Schülern 4)" der Besoldungsgruppe A 13 (mit Amtszulage) der Landesbesoldungsordnung A des Landesbesoldungsgesetzes und
- 3. mit dem Amt "Konrektorin, Konrektor einer Grundschule oder Hauptschule mit mehr als 360 Schülerinnen und Schülern –" der Besoldungsgruppe A 13 der Landesbesoldungsordnung A des Landesbesoldungsgesetzes werden in das Amt "Konrektorin, Konrektor einer Grundschule oder Hauptschule mit mehr als 180 Schülerinnen und Schülern 4)" der Besoldungsgruppe A 13 (mit Amtszulage) der Landesbesoldungsordnung A des Landesbesoldungsgesetzes

übergeleitet und in eine entsprechende Planstelle eingewiesen

- (2) Dauert bei den in Absatz 1 genannten Beamtinnen und Beamten eine Kürzung der Dienstbezüge nach § 8 des Landesdisziplinargesetzes vom 16. November 2004 (GV. NRW. S. 624), das zuletzt durch Artikel 37 des Gesetzes vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 310) geändert worden ist, über den Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes an oder befinden sie sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch in der Beförderungssperre nach § 9 Absatz 3 des Landesdisziplinargesetzes, wird die Überleitung bis zum Ablauf der Kürzung der Dienstbezüge oder der Beförderungssperre hinausgeschoben. Eine Überleitung dieser Beamtinnen und Beamten nach dem Eintritt oder der Versetzung in den Ruhestand ist ausgeschlossen.
- (3) Den nach Absatz 1 übergeleiteten Beamtinnen und Beamten kann künftig ein höheres Amt nur bei Erfüllung der jeweiligen laufbahnrechtlichen Voraussetzungen übertragen werden. Eine Beförderung in ein Amt der nächsthöheren Besoldungsgruppe ist frühestens ein Jahr nach der Überleitung zulässig.

§ 2 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft und am 31. Dezember 2027 außer Kraft.

Artikel 4 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft.

Düsseldorf, den 23. Januar 2018

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen Der Ministerpräsident

(L.S.) Armin Laschet

Für den Minister der Finanzen der Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie Prof. Dr. Andreas Pi nkwart

Die Ministerin für Schule und Bildung Yvonne Gebauer

- GV. NRW. 2018 S. 94

Einzelpreis dieser Nummer 1,35 Euro

zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 38 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 33,50 Euro (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 67,— Euro (Kalenderjahr), zahlbar im Voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. iens jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 82, Fax (02 11) 96 82/2 29, Tel. (02 11) 96 82/2 41, 40237 Düsseldorf

Von Vorabeinsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herzugsgeber Im Namen der Landergeitung des Ministerium für Inneres und Kompunglen NEW Eriedrighetze (6.6), 200. 40217 Düsseldorf

Herausgeber: Im Namen der Landesregierung, das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, Friedrichstraße 62–80, 40217 Düsseldorf.

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach